

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wrothenheim, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen befähigter bestimmter Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1830.
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 36.

Samstag, 11. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Austritts von Produktionsverträgungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzeln für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reflammezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Auffschlag, feste Tarife. Bezahliger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigen-Verträge sind keine Anträge auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Thiemann, Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Wir und Budapest.

In seiner großen Reichstagsrede über den heutigen Stand der deutschen Außenpolitik hat sich Dr. Stresemann auch über die Notwendigkeit eines baldigen Abschusses eines deutsch-ungarischen Handelsvertrages ausgesprochen. Da die Beratungen über dieses neue friedensfördernde Werk in Kürze beginnen dürften, so werden wir uns in der nächsten Zeit etwas mehr mit den Dingen in Ungarn zu beschäftigen haben. Die Ansichten in Deutschland über die Verhältnisse in Ungarn gehen sehr weit auseinander. Diese Ansichten werden größtenteils auch bedingt durch die Einstellung der deutschen Parteien zu dem ausgeprochenen Rechtskurs der Budapest-Regierung. Da somit diese Ansichten zum Teil sehr stark parteipolitisch gefärbt sind, so hat dies auch zu betonen, daß diese Ansichten nicht immer dem wahren Bild der Verhältnisse in Ungarn entsprechen können. Je nach der Partei in Deutschland ist die ungarische Politik in Deutschland freundschaftlich oder unfreundschaftlich beurteilt worden. Infolgedessen wurde das wahre Bild des heutigen Ungarns mehr oder weniger skizziert, revidiert, ja entstellt. Die eigentlichen Säule des ungarischen Zustands und Denkens, der Kern des ungarischen Volkscharakters, treten daher nur selten in Erscheinung. Da wir beabsichtigen, durch den Abschluß eines deutsch-ungarischen Handelsvertrages in eine nähere Beziehung zu dem ungarischen Volke zu treten, so ist es für uns auch wichtig, die Wahrheit über Ungarn und seine Verhältnisse zu erkennen.

Will man sie erkennen, ist es vor allem notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Ungarn seit dem Anbruch in viel heftigeren Kurven auf- und abwärts gegangen ist als in den übrigen europäischen Ländern. Unter den Dreißigjährigen war es dasjenige, das mit der Revolution begann. Zwar war die Rosen-Revolution — so genannt, weil die Soldaten auf Reitwagen mit Rosen an den Bajonetten die Straßen durchführten — zunächst ebensowenig eine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes wie in Deutschland. Der erste „Rebell“ Karolyi selbst war von der Welle überrollt und ließ sich tragen. Die Revolution war nichts anderes als eine durch die Rückberufung der Truppen und die Heberanpannung durch den Krieg hervorgerufene Reaktion. Man wollte den Frieden, und die politische Organisation dieses Friedens versagte und wurde zur Unordnung. Das war eigentlich alles. Der radikale Bolschewismus, dem Karolyi dann weichen mußte, dem ungarischen Volke selbst fremd, wurde von außen durch russisches Geld und durch russische Propaganda von fremdsprachigen, ausländischen Führern ins Land hineingetragen. Die Hauptrolle dieser Bewegung verdienen nicht einmal die Bezeichnung „Führer“. Es waren zum Teil brutale Rohlinge, wie Samuelli, zum Teil Geistesranke, wie Bela Kun. Was sie in Ungarn etablierten, hatte mit Vernunft und Organisation nichts mehr zu tun. Es war roter Terror, der es aber nicht einmal wagte, bis auf einige Einzelfälle, sich an den Mächtigen im Lande, der Aristokratie, zu verweigern, sondern sich nur an das kleine Bürgertum — allerdings auf bestialische Weise — heranmachte. Vielleicht hinderte der Einmarsch und die Besetzung Budapests durch die Rumänen die Not an einer breiteren Entwicklung des Terrors. Jedenfalls mußte die Gegenreaktion durch den weißen Terror erfolgen. Zug um Zug fiel die dann Wirkung und Gegenwirkung innerhalb eines kleinen Gebietes und daher viel rascher ab, als es auf großen Territorien, wie z. B. in Russland, möglich gewesen wäre. Daß die aus dem weißen Terror hervorgegangene Hortjäger-Regierung nun nicht sofort mit weichen Glacéhandschuhen Ordnung schaffen konnte, sondern hier und da gewiß ein wenig zu kräftig zuschlug, muß aus der eben geschilderten raschen Entwicklung der Verhältnisse und dem ungarischen Temperament heraus verstanden werden. Ein abgebranntes Kind leidet das Feuer. Mit dieser Volkswut erklärten sich auch die Maßnahmen, die uns Fernerstrebenden in Deutschland zunächst vielleicht drakonisch erschienen. Die öffentliche Meinung bei uns wurde ferner beeinflusst durch die sozialistischen Elemente, die vor der Reaktion ins Ausland geflohen waren, sich besonders in Wien festsetzten, wo sie sogar ungarische Zeitungen herausgaben und nun auch nicht mehr nach Ungarn hineingelassen wurden. Diese dem Hortjäger-Regime feindliche Presse in Wien verkreuzte überall ihre gefährlichen Nachrichten. So entstand über die Entwicklung in Ungarn, das sich zunächst durch strenge Zensur abklopfte, ein oft sehr einseitiges Bild.

Denke ich nun klarer, müssen wir die außerordentlich geschickte Taktik bewundern, die der Ministerpräsident Graf Bethlen im Verkehr mit den „Steigerhaaren“ angewandt und durch die er im Innern eine Konsolidierung herbeiführte. Abenteurer, wie der zweimalige Versuch Kaiser Karls, die ungarische Königskrone wiederzugewinnen, und die Klänge der Frankenschlagungen hat das Land ohne merkliche Erschütterungen überstanden. Trotz der durch den Vertrag von Trianon geschaffenen, geradezu verwerflichen territorialen Grenzveränderungen und dem Verlust wichtiger Gebiete hat sich das verkleinerte Ungarn wirtschaftlich erholt und seine Währung stabileren können. Ja, infolge seiner Lage, die es immer noch als Schlüssel zum Balkan erscheinen läßt, ist es eine nicht unwichtige Karte in dem Spiel der großen Mächte geworden. Der französisch-jugoslawische Vertrag hat eine Annäherung Italiens an Ungarn zur Folge gehabt, dessen praktische Konsequenzen und Möglichkeiten erst kürzlich durch den aufgedeckten Wessenschnuggel diskutiert werden. Auch sonst gibt es Anziehungspunkte zwischen diesen beiden Ländern, schon infolge ihrer augenblicklichen inneren Struktur, der Energie der sozialistischen Organisation, die

Die politische Lage.

Die Parteien und der Brief des Reichspräsidenten.

von Berlin. Der Brief des Reichspräsidenten und seine Auswirkungen auf die parlamentarische Lage bildeten im Reichstag naturgemäß auch gestern Abend den Hauptgegenstand aller Erörterungen. Der Brief wird allgemein als ein wichtiger staatspolitischer Akt gewertet, der aus dem hohen Verantwortungsbewußtsein und der immer wieder zutage tretenden Einstellung des Reichspräsidenten auf eine möglichst ruhige und sachliche aufbauende Entwicklung entspringt.

Was nun die Verhandlungen über das Schulgesetz selbst anbelangt, so geht die Beurteilung im Reichstag in ziemlich pessimistischer Richtung. Man begreift sowohl im Zentrum als auch in der Volkspartei harten Zweifel an der Möglichkeit, doch noch eine Einigung herbeizuführen, etwa auf Grund der Neubestimmungen der Schulgesetzformulierungen zum § 20, die übrigens ziemlich umfangreich sind, dürften u. a. ungefähr auf dem Gebiete des bereits bekanntgewordenen Vorschlages liegen, daß die Einrichtung privater Konfessionsschulen mit staatlicher Hilfe gefördert würde. Von deutschnationaler Seite wird betont, daß man zunächst die Montagsverhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses abwarten müsse, um zu sehen, ob die namentlich zum Zentrum deutlich zum Ausdruck gebrachte Skepsis über den weiteren Gang der Verhandlungen berechtigt ist. Sollten die Verhandlungen negativ verlaufen, so werden die Parteien sich voraussichtlich mit der weiteren durch den Brief des Reichspräsidenten angeregten Frage beschäftigen, ob die Koalitionsparteien nicht trotz des Scheiterns der Schulverhandlungen erst die großen Aufgaben der Staatserhebung usw. erfüllen und so bei Neuwahlen gewissermaßen reinen Tisch hinterlassen können. Im Augenblick wird die parlamentarische Lage jedenfalls allgemein dahin beurteilt, daß die Krise zunächst bis zur nächsten Woche vertagt ist und daß sich dann zeigen muß, in welcher Form die Regierungsparteien sich über ihre möglichst sachliche Durchführung einigen können.

Die Deutsche Volkspartei zum Schulgesetz.

von Berlin. Zu der durch den Brief des Reichspräsidenten geschaffenen Lage schreibt die „Nationalistische Korrespondenz“, der parteiamtliche Presseorgan der Deutschen Volkspartei, daß sich die Deutsche Volkspartei selbstverständlich für Fortführung der Verhandlungen über ein Gesetz bereit finde, das von der Regierungskoalition erbracht sei, auch wenn die sachlichen Aussichten für ein Zustandekommen des Gesetzes nicht nach wie vor zweifelhaft seien. Jedenfalls mache die Bereitschaft der Regierungsparteien, die Verhandlungen fortzuführen, zunächst dem verfrähten Streit über die Frage, wer für das eventuelle Scheitern des Gesetzes verantwortlich zu machen sei, ein Ende. Von der Tagung des Reichstagsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag erwartet der parteiamtliche Presseorgan der Deutschen Volkspartei keinerlei Überwachungen, da sich die Beisitzer des Ausschusses zweifellos in den Richtlinien bewegen würden, die der Zentralvorstand der Partei auf seiner letzten Tagung in Braunschweig aufgestellt hat.

von Berlin. Der „Tägliche Rundschau“ zufolge bietet der Kompromißvorschlag von Reubell nach allgemeinem Urteil eine Grundlage zur Einigung nicht, da die funktionellen Privatschulen leicht in der Lage wären, den Simultanschulen die Schüler zu entziehen und sie damit lebensunfähig zu machen. Das Blatt rechnet also mit einer Entscheidung in negativem Sinne und fragt, was dann geschehen werde. In diesem Falle werden die Parteien zu zeigen haben, ob

in gewissem Maße ja auch in Ungarn besteht, und dem verminderten heftigsten Temperament.

Es dürfte für die verantwortliche deutsche Politik das Richtige sein, die großen Werte in der ungarischen Nation zu erkennen und sich für die Zukunft der Wichtigkeit eines bezüglichen, freundschaftlichen Verhältnisses mit unserem alten Bundesgenossen an den „Loren Afien“ bewußt zu werden.

Sanftmütigkeit der Deutschen Volkspartei.

von Dresden. Unter überaus zahlreicher Beteiligung tagte gestern in Dresden der Reichstagsausschuss für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Gugg. Auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius war erschienen. Referate hielten der Reichstagsabgeordnete Dr. Albrecht über das Reparationsproblem und die Reform der öffentlichen Organisation und der Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider-Dresden über die wirtschaftliche Lage.

In die Referate schloß sich eine längere Aussprache, in der auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort zu einander den Ausführungen über die Fragen der

Wirtschaft nahm. Der Minister stellte an die Spitze die Forderung einer Lastenerleichterung für die Wirtschaft, vor allem auf dem Gebiet der Realsteuer. Gegenüber Ländern und Gemeinden müsse das Ziel durch Gemeinschaftsarbeit erreicht werden. Die Vorkontoren bedeute trotz allem Unzulänglichkeiten doch einen Schritt vorwärts. Weiter verbreitete sich der Minister über die Reparationsfrage, die ausländischen Kredite und die nächsten Handelsvertragsverhandlungen, und ging dann auf die Probleme Arbeitslosigkeit, Preise und Löhne ein.

Die Ausführungen des Ministers, die zum größten Teil vertraulich waren, brachten erwünschte Klarheit über die Vermögensgründe, von denen das Reichswirtschaftsministerium bei seiner Stellungnahme zu den viel umstrittenen Fragen geleitet wird.

Die Schlußausführungen des Ministers zur Gesamtfrage, in denen er nachdrücklich die gesunden Grundlagen der Wirtschaft herausstellte, fanden allgemeine Zustimmung, ebenso wie die von ihm vertretene Auffassung, daß es bei verständiger Führung und Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft gelingen werde, die sich jetzt noch vielfach reibenden Dinge auf einander abzustimmen und damit die Voraussetzungen für eine gedeihliche Wirtschaftarbeit zu schaffen. Die Darlegungen des Ministers wurden mit größtem Interesse und Beifall aufgenommen.

Die „Germania“ zur politischen Lage.

von Berlin. Das Berliner Zentrumsjournal bringt auch heute wieder das Drängen des Zentrums zur Entscheidung der Frage des Reichsschulgesetzes zum Ausdruck. Das Blatt schreibt: Bei den erneut aufgenommenen Verhandlungen und den Bemühungen des Reichsinnenministers, dem der Tauf dafür nicht vorzuenthalten werden soll, daß er alles daran setzt, um das Schulgesetz zu retten, kann es sich nicht darum handeln, eine Verflechtung anzubahnen.

Für die Sorgen, von denen sich der Herr Reichspräsident bei seinem Schritt hat lösen lassen, haben wir das allergrößte Verständnis und verständlichen uns ihnen nicht. Aber wir sind auch der Auffassung, daß dem Reichsschulgesetz in seinem Falle eine Bedeutung zweiten Grades zugewiesen werden kann, und wir halten es nicht für möglich, daß genehmigt werden könnte, es sei tragbar, das Reichsschulgesetz verhandelt zu lassen. Für das Zentrum sind um Glück die künftigen Fragen noch immer von größtem und allergrößtem Wert.

Das Zentrum hat mit vollster Loalität am Schulgesetz mitgearbeitet. Es ist bereit, da es die Verabschiedung des Schulgesetzes erstrebt, auch die neuen Vorschläge des Herrn von Reubell gewissenhaft zu prüfen.

Interfraktionelle Schulgesetz-Verhandlungen.

von Berlin. Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am Freitag nachmittags um 4 Uhr zusammen. Die Sitzung währte bis gegen 8 Uhr. Vom Reichsinnenministerium waren neue Vorschläge zur Verbesserung gestellt, die weiter geprüft werden. An den Interfraktionellen Verhandlungen nahmen von der Regierung Ministerpräsident Dr. Brüning, Reichsinnenminister v. Reubell und Staatssekretär Winder teil. Von den Regierungsparteien waren erschienen die Abgeordneten Graf v. Helldorf, Schulze-Frankfurt und Trevisanus von den Deutschnationalen, vom Zentrum die Abg. v. Guericke, Rheinländer und Dr. Schreiber, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Kunze, von der Bayerischen Volkspartei Reich und Frau Lang-Beumann.

Die Verhandlungen des Ausschusses sollen nach Prüfung der neuen Vorschläge des Reichsinnenministeriums des Innern am Montag fortgesetzt werden.

Die das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erläßt, handelt es sich bei den neuen Vorschlägen um drei Formulierungen, die sich sämtlich auf den § 21 (Simultanschulen) beziehen und vom Innenminister v. Reubell vorgelegt worden sind. Es wird vermerkt, daß der Brief des Reichspräsidenten an den Reichkanzler in der Besprechung des interfraktionellen Ausschusses nicht direkt erörtert worden sei.

Die Ausführungen des Ministers, die zum größten Teil vertraulich waren, brachten erwünschte Klarheit über die Vermögensgründe, von denen das Reichswirtschaftsministerium bei seiner Stellungnahme zu den viel umstrittenen Fragen geleitet wird.

Die Schlußausführungen des Ministers zur Gesamtfrage, in denen er nachdrücklich die gesunden Grundlagen der Wirtschaft herausstellte, fanden allgemeine Zustimmung, ebenso wie die von ihm vertretene Auffassung, daß es bei verständiger Führung und Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft gelingen werde, die sich jetzt noch vielfach reibenden Dinge auf einander abzustimmen und damit die Voraussetzungen für eine gedeihliche Wirtschaftarbeit zu schaffen. Die Darlegungen des Ministers wurden mit größtem Interesse und Beifall aufgenommen.